

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 09.12.2020
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:17 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, WittasträÙe 5, 36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Karl-Heinz Hüter
Herr Sahin Cenik
Herr Werner Theodor Herbert
Herr Dieter Herter
Herr Thomas Schaffert
Herr Lars Olaf Ullrich
Herr Friedrich-Wilhelm von Baumbach
Herr Jürgen Richter für Herr Jordan
Herr Klaus Wächter für Herr Björn Diegel

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Hans-Jürgen Schülbe
Herr Karsten Vollmar
Herr Bernd Wennemuth
Herr Michael Barth

vom Magistrat

Herr Thomas Fehling

von der Stadtverordnetenversammlung

Frau Andrea Zietz

von der Verwaltung

Herr Johannes van Horrick
Frau Judith Baume

Schriftführer/in

Frau Yvonne Brandau

von der Verwaltung

Herr Matthias Glotz
Herr Christian Scholz

Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Björn Diegel

entschuldigt und vertreten durch Klaus
Wächter

Herr Karl-Heinz Jordan

entschuldigt und vertreten durch Jürgen
Richter

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Wohnmobilstellplatz - Aufteilung der Arbeiten und Kosten auf 3 Jahre**
- 3. Antrag de FWG-Stadtverordnetenfraktion an den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt betreffend Grundsatzentscheidung über einen Wohnmobil-/Wohnwagenstellplatz mit oder ohne Zeltplatz-campinganteil**
1668/19
- 4. Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger Bad Hersfeld (U.B.H.) betreffend Unsere Innenstadt unterstützen und attraktiver machen**
1595/19
- 5. Antrag der FWG-Stadtverordnetenfraktion an den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt betreffend Rückbau der seit Jahren ungenutzten Bushaltestellen des ÖPNV im Stadtgebiet**
1666/19
- 6. Antrag der FWG-Stadtverordnetenfraktion an den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt betreffend 380 kV Hochspannungsleitung Fulda-Main**
1679/19
- 7. Erwerb und Bereitstellung von Gewerbeflächen in Bad Hersfeld**
1684/19
- 8. Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. PE 7 „Baugebiet Lingenacker“**
hier: 1. Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. PE 7 „Baugebiet Lingenacker“,
2. Entwurfsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. PE 7 „Baugebiet Lingenacker“,
3. Beschluss über die Durchführung des Bauleitverfahrens für den Bebauungsplan Nr. PE 7 „Baugebiet Lingenacker“ gemäß §§ 2 (1)

und (2), 3 (1) und 4 (1) BauGB
1665/19

- 9. Holzvermarktung ab 2021 - Abschluss Dienstleistungsvertrag**
1633/19
- 10. Erarbeitung eines Wohnraumversorgungskonzeptes**
1614/19
- 11. Erwerb des im Sachverhalt genannten Grundstückes von den dort genannten Veräußerern im Rahmen eines Vergleichsangebotes**
1676/19
- 12. Verschiedenes**

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Vorsitzender Stv. Hüter begrüßt alle Anwesenden zur heutigen und letzten Sitzung in diesem Jahr. Er stellt die Anwesenheit der Ausschussmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt. Er fragt, ob Einwendungen und Fragen zum Protokoll der letzten Sitzung bestehen und bittet um Abstimmung zur Änderung der Tagesordnung dieser Sitzung. Der Tagesordnungspunkt 9 mit der Vorlage 1665/19 (wie in der Einladung genannt) wird von der Tagesordnung genommen. Der Tagesordnungspunkt 8 wird auf der Tagesordnung als letzter Punkt behandelt, da dieser unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt wird.

Herr Hüter bittet um Abstimmung zur geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür mit 9 Ja-Stimmen

Beschluss:

zu 2 Wohnmobilstellplatz - Aufteilung der Arbeiten und Kosten auf 3 Jahre

Frau Baume erläutert die Aktennotizen, die im Nachgang zur letzten Sitzung des Ausschusses versendet wurden. Auf Wunsch des Ausschusses wurden die Kosten auf 3 Jahre aufgeteilt, um eine schnellere Inbetriebnahme zu ermöglichen:

1. Abschnitt: Bau der Zufahrt

2. Abschnitt: Allgemeine Ausstattung des Platzes (danach Inbetriebnahme möglich)
3. Abschnitt: Einrichtung weitere Infrastruktur, z.B. Sanitärgebäude

Da im HFA entschieden wurde, für 2021 keine Mittel bereit zu stellen, verschiebt sich das Projekt mindestens auf 2022.

Beschluss:

zur Kenntnis genommen Ja 9

**zu 3 Antrag der FWG-Stadtverordnetenfraktion an den Ausschuss für
Stadtplanung und Umwelt betreffend Grundsatzentscheidung über
einen Wohnmobil-/Wohnwagenstellplatz mit oder ohne Zeltplatzcam-
pinganteil
1668/19**

Stv. Richter bedankt sich über die Aufnahme des Antrages auf die Tagesordnung. Er erläutert dem Ausschuss den Antrag und die Beweggründe diesen zu stellen. Er teilt mit, dass er mit Herrn Rechtsanwalt Dähn über das Vorhaben gesprochen hat. Dieser gilt als Experte für solche Vorhaben um sich einen Rat einzuholen. Herr Dähn sieht das gewählte Grundstück als gut geeignet für das Vorhaben. Herr Dähn sieht es jedoch als problematisch an, dass gleichzeitig zu den Wohnmobilisten auch Zeltplätze auf dem Areal mit angeboten werden sollen. Denn die Wohnmobilisten sind eher für einen ruhigen Abend auf dem Stellplatz eingestellt, wo hingegen man bei den Zeltenden davon ausgeht, dass diese im Alter zwischen 20 und 25 Jahren alt sind und eine anderer Einstellung eines Abends auf dem Stellplatz haben und man unter Umständen mit Partylautstärke rechnen muss.

Frau Baume bedankt sich für die fachkundigen Informationen und schlägt vor, gemeinsam mit dem Planungsbüro, Herrn Dähn sowie Vertretern der Verwaltung und der Politik im Januar 2021 einen Workshop zum Planungsstand des Stellplatzes zu machen, um den Entwurf im Sinne der Nutzbarkeit zu optimieren. Denn solche Themen sollten in der Planungsphase mit berücksichtigt und nicht erst bei Baubeginn aufgeworfen werden.

Die Zielgruppe der Zeltenden sollen Rad- und Kanuwanderer sein und somit würde sich die Altersgruppe daraufhin in die mittlere Altersgruppe und älter verschieben. Ebenfalls sollte berücksichtigt werden, dass in direkter Nachbarschaft des Stellplatzes eine Kleingartenanlage gelegen ist in der mit dem ein oder anderen Fest zu rechnen ist und auch auf dem Fußballplatz könnte es hin und wieder etwas lauter werden.

Stv. Richter findet den Ansatz von Frau Baume einen sehr guten im Anfang des nächsten Jahres ein Gespräch zu führen, da hinsichtlich der Entscheidungen im nächsten Jahr mit dem Bau noch nicht begonnen werden kann.

Vorsitzender Stv. Hüter schlägt somit vor, dass der Antrag ins nächste Jahr geschoben wird, damit dieser in die Planungsphase mit aufgenommen wird. Er bittet den Ausschuss um eine Abstimmung zu diesem Vorschlag.

Beschluss:

Die FWG – Fraktion ersucht den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt, folgenden Antrag der Fraktion in der nächsten Sitzung zu beraten.

Antrag:

Grundsatzentscheidung über einen Wohnmobil- / Wohnwagenstellplatz mit, oder ohne Zeltplatzcampinganteil.

Begründung:

Unsere Fraktion hat das Wohnmobilstellplatzkonzept, welches uns in der letzten Sitzung vorgestellt wurde, einer externen Prüfung auf Plausibilität unterzogen.

Das Ergebnis dieser Prüfung hat eine Vielzahl von Fragen und Anregungen aufgeworfen, welche auf das vorhandene Konzept Einfluss nehmen sollten.

Neben einigen planerischen Fragestellungen die im anschließenden Realbetrieb zu Problemen führen werden, gilt es das Spannungsfeld zwischen der Nutzergruppe Wohnmobil / Wohnwagen und Zeltcamper zu hinterfragen.

Das Konfliktpotenzial dieser beiden unterschiedlichen Nutzergruppen, was sich im wesentlichen im Freizeit- und Feierverhalten widerspiegelt, liegt auf der Hand. Die räumliche Enge auf der vorhandenen Fläche wird dies noch zusätzlich unterstreichen.

Die Anregungen durch die externe Expertise in der detaillierten Bauausführung sind dem Stadtmarketing bereits durch unsere Fraktion zur Kenntnis vorgelegt worden.

Hier einige Punkte dem Ausschuss zur Kenntnis:

- Straßenführung zu eng
- Kreisverkehr anstatt Begegnungsverkehr in der Verkehrslenkung
- Keine rechtwinklige Anordnung der Stellplätze zur Straßenführung
- Keinen Rasenuntergrund an den Stellplätzen
- Keine Bäume an den Stellplätzen
- Keine Laternen in 6 – 8 Meter Höhe an den Stellplätzen
- Keine Grillstellen
- Keine Zeltplatzcamper in unmittelbarer Nähe
- Ablaufrinnen der Entsorgungsstation seitlich anordnen
- WLAN sollte vorhanden sein
- Stellplatzkosten max. 10 - 15€ pro Tag
- Sanitärhaus erfordert großen Pflege und Reinigungsaufwand

Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

wird einstimmig empfohlen Ja 9

**zu 4 Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger Bad Hersfeld (U.B.H.) betreffend Unsere Innenstadt unterstützen und attraktiver machen
1595/19**

Stv. Schülbe informiert über die Problematik in dem Antrag besonders in der jetzigen Situation. Er teilt mit, dass ein weiteres Geschäft in der Innenstadt seine Türen für immer geschlossen hat. Er schlägt eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Handel, den Eigentümern, der Stadt und dem Stadtmarketingverein vor, so wie Herr Glotz vom Bereich Stadtmarketing dies bereits erarbeitet und vorgeschlagen hat. Ebenso sollte man über Onlinemarktplätze nachdenken und diese fördern. D.h. Onlinehändler dazu animieren Läden zu eröffnen in denen Sie ihre Onlineware anbieten und verkaufen. Zusätzlich zum Onlinegeschäft. Um die Innenstadt ebenfalls attraktiver zu gestalten sollten mehr Bühnen/Flächen für Musiker und Künstler ausgewiesen werden.

Herr Glotz informiert über den derzeitigen Sachstand und die Themen die bisher erarbeitet und schon umgesetzt werden konnten.

Festzustellen ist auch, dass die Johannesstraße und die untere Klausstraße immer mehr an Zulauf verlieren und somit auch problematischer für die Vermarktung werden.

Ebenso gibt es im Immobilienbestand einige Immobilien an denen gearbeitet werden müsste bei denen sich jedoch die Eigentümer nicht um den Erhalt kümmern.

Auch ist eine Umnutzung zu erkennen hin zu Büroflächen.

Sobald alle Daten gesammelt und erfasst sowie ausgewertet sind, kann man im Frühjahr in die Planungen tiefer einsteigen und die bisherigen Ziele näher verfolgen.

Stv. Schülbe bittet den Ausschuss die Empfehlung für den Antrag auszusprechen um diesen als Grundlage für das Vorgehen der Verwaltung zu nutzen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschliessen:

Der Magistrat wird gebeten

1. Eine Aufstellung zu erarbeiten, mit der die leerstehenden Geschäfte in der Innenstadt Bad Hersfelds, insbesondere Marktplatz, Linggplatz, Weinstrasse, Klausstrasse, Breitenstrasse festgestellt werden
2. Ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Leerstände, auch in Zusammenarbeit mit den Eigentümern, den Banken, potenten Investoren, online-Handelsanbietern und dem Stadtmarketingverein, entschieden vermindert werden können
3. Ein spezielles Marketingkonzept erarbeiten zu lassen, was erheblich hilft, die Attraktivität der Innenstadt zu verbessern und Leerstände zu vermindern, d.h. was Anreize schafft, dass leerstehende Verkaufsflächen vermietet werden können

4. Im kommenden Haushalt entsprechende Finanzmittel bereit zu stellen, um aktiv werden zu können

wird einstimmig empfohlen Ja 9

**zu 5 Antrag der FWG-Stadtverordnetenfraktion an den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt betreffend Rückbau der seit Jahren ungenutzten Bushaltestellen des ÖPNV im Stadtgebiet
1666/19**

Herr Scholz teilt zu dem Antrag der FWG mit, dass es sich bei den Haltestellen um die AST, also die Haltestellen für das Allgemeine Sammeltaxi handelt. Die Überlegungen und Planungen für einen Rückbau werden derzeit in der Verwaltung besprochen und angestoßen.

Stv. Richter erläutert dem Ausschuss kurz was der Grund für diesen Antrag ist. In den genannten Straßen fährt bzw. hält seit etwa 10 Jahren kein Bus mehr und auch das AST ist dort bereits seit Jahren nicht mehr gefahren. In den benannten Straßen herrscht ein hoher Parkdruck bei den Anwohnern, zumal in den Bereichen einer Bushaltestelle nicht geparkt werden darf und dies führt zu Verdruss bei den Anwohnern, da schon so wenig Platz für das Parken vorhanden ist.

Beschluss:

Die FWG – Fraktion ersucht den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt, folgenden Antrag der Fraktion in der nächsten Sitzung zu beraten.

Antrag: Rückbau der seit Jahren ungenutzten Bushaltestellen des ÖPNV im Stadtgebiet.

Begründung:

Im Stadtgebiet von Bad Hersfeld befinden sich Bushaltestellen des ÖPNV, die seit Jahren nicht angefahren wurden und auch zukünftig nicht mehr angefahren werden. Somit beanspruchen diese Haltestellen einen nicht erforderlichen Flächenbedarf in der Wohnbebauung, welcher den stetigen Parkdruck verstärkt. Durch den Rückbau kann den Anwohnern ein zusätzlicher Parkraum geschaffen werden.

Hier eine Auflistung der Bushaltestellenbereiche:

- Finkenweg
- Fritz Rechberg Str.
- Heinrich-Heine-Str.
- Reckeröder Str.

- Michael-Schnaberich-Str.
- Sternerstr.
- Ludwig-Braun-Str.
- Elisabeth-Selbert-Str.
- Johannes-Klein-Str.
- Tageberg/Hainbergklinik
- Scheidemannstr.
- Stresemannallee
- Am Frauenberg
- Am Schwimmbad (Am Frauenberg)
- Hauptfriedhof (Alter Kirchweg)

Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Jürgen Richter
Fraktionsvorsitzender

zur Kenntnis genommen Ja 9

zu 6 Antrag der FWG-Stadtverordnetenfraktion an den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt betreffend 380 kV Hochspannungsleitung Fulda-Main 1679/19

Stv. Barth teilt mit, dass es hier um eine Planung der Fa. TenneT TSO GmbH bezüglich eines Baus der Hochspannungsleitung geht. Er teilt mit, dass Herr Cakir von der Verwaltung an dem Informationstermin teilgenommen hat. Er fragt nach ob die Verwaltung zu dem Planungsvorhaben etwas mitteilen kann.

Da Herr Cakir nicht anwesend ist übernimmt die Beantwortung und Informationsweitergabe Herr van Horrick.

Herr van Horrick teilt mit, dass die Verwaltung dazu aufgerufen ist Informationen über die betroffenen Grundstücke, die aufgrund des geplanten Trassenverlaufes in Anspruch genommen würden, mitzuteilen. U.a. sind bei den Grundstücken Schutzzonen betroffen. Von der Fa. TenneT TSO GmbH wurden zwei Strecken für den Trassenverlauf im Entwurf vorgestellt. Die eine betrifft Kathus/Sorga parallel zur bestehenden Leitung, die andere verläuft Richtung Norden parallel zur Autobahn A7. Die Verwaltung verfolgt das Geschehen und wird über Änderungen und neue Informationen berichten. Die Stadtplanung wird die Interessen für die Stadt weiter vertreten.

Herr Barth fragt nach dem gesetzten Termin für Einwendungen zu den Trassenverläufen, der für den 08.01.2021 gesetzt ist, ob dazu bereits Einwendungen eingereicht wurden. Denn nach dem 08.01.2021 gehen die Planungen bei der Bundesnetzagentur ein. Es sollten bis zum 08.01.2021 noch ein paar Punkte die von Relevanz sind eingereicht werden. Im Weiteren geht er auf Problematiken bei der Beibehaltung und Erweiterung der vorhandenen Leitung ein.

Stv. Richter bat darum den Antrag in der Formulierung zu ändern und mit aufzunehmen, dass zu der Thematik regelmäßig informiert und berichtete wird. Gleichwohl ob es etwas zu berichten gibt oder nicht.

*Die FWG bittet darum eine regelmäßige Beteiligung durch die Verwaltung (Herr van Horrick) in jeder Ausschusssitzung für Stadtplanung und Umwelt angeht, so wird ebenfalls darum gebeten, dass die betroffenen **Ortsbeiräte in Kathus und Sorga** überhaupt erstmalig eine offizielle Beteiligung durch die Verwaltung erfahren solle, denn das ist, obwohl der Vorgang innerhalb der Verwaltung bereits über sechs Monate bekannt ist und am **24.06.2020** sowie am **30.11. bzw. 03.12.2020** schon zwei Beteiligungsforen der TenneT stattgefunden haben, bisher nicht geschehen.*

Stv. Herter brachte zum Ausdruck, dass er es nicht nachvollziehen kann, warum die Verwaltung bisher nicht eigeninitiativ zu diesem Thema im Ausschuss berichtet habe und auch er die Beteiligung der beiden Ortsbeiräte als notwendig erachte.

Stv. Barth merkt an, dass in den vergangenen gut sechs Monaten, von Seiten der Verwaltung versäumt wurde den Magistrat, die Stadtverordneten und die betroffenen Ortsbeiräte über dieses Großprojekt zu informieren und das ist aus seiner Sicht, als Stadtverordneter und Ortsvorsteher des Stadtteiles Kathus, absolut inakzeptabel.

Herr van Horrick teilt mit das bereits Punkte von Herrn Cakir (Stadtplanung) eingereicht wurden. Herr Cakir wird dazu noch eine Meldung an die Politik geben welche Punkte bereits gemeldet wurden.

Vorsitzender Stv. Hüter stellt fest dass über die Thematik Einigkeit im Ausschuss besteht und dieses Vorgehen und der Vorschlag von Herrn Richter begrüßt und mitgetragen wird.

Beschluss:

Die FWG – Fraktion ersucht den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt folgenden Antrag der Fraktion in der nächsten Sitzung zu beraten.

Antrag: Der Magistrat wird gebeten dem Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt über den Stand zur geplanten 380 kV Hochspannungsleitung Fulda-Main, die in ihrem Verlauf das Stadtgebiet erheblich tangieren wird, zu berichten.

Dabei sollen folgende Punkte dargestellt und Fragen beantwortet werden:

- Ausführlicher Sachstand mit allen Alternativen zum aktuellen Planungsstand der Firma Tennet
- Wann wurde die Kreisstadt Bad Hersfeld erstmal mit dem Thema konfrontiert?
- Wer vertritt aktuell und zukünftig die Interessen der Kreisstadt Bad Hersfeld?
- Warum erfolgte bisher keine Beteiligung bzw. Information der politischen Gremien?

Begründung:

Da es sich hier um einen massiven Einschnitt in die betroffenen Region, die Lebensverhältnisse der Bewohner und der Umwelt handelt, ist eine regelmäßige und vollumfängliche Beteiligung der politischen Gremien erforderlich. Nur durch Information und Beteiligung können geschlossene Positionen innerhalb der Stadtverordnetenversammlung formuliert und beschlossen werden.

Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

wird einstimmig empfohlen Ja 9

**zu 7 Erwerb und Bereitstellung von Gewerbeflächen in Bad Hersfeld
1684/19**

Herr van Horrick erläutert und informiert den Ausschuss über den Sachverhalt und die Hintergründe zu der Vorlage.

Er teilt mit, dass der Kauf dieser Fläche den Vorteil bringt, dass es dadurch eine Flächenalternative für die Umsiedlung der Kleiderwerke gäbe um bei der Planung und Verwirklichung des Wever-Geländes weiter zu machen.

Stv. Schülbe fragt bei dem genannten Preis nach ob es sich dabei um einen marktüblichen Preis handelt? Ebenso ob die Aussage im Vertrag dass man mit dem Gutachter gesprochen habe stimme?

Herr van Horrick teilt zu dem Preis mit, dass dieser aufgrund der bisherigen Angebote angenommen wurde.

Stv. Baumbach fragte nach, wenn die Fläche für die Umsiedlung und die Verwirklichung des Wever-Geländes vorgesehen ist, wer dann die Halle für die Kleiderwerke baue?

Daraufhin teilt Herr Bürgermeister Fehling mit, dass grundsätzlich erst einmal die Fläche erworben werden müsse und keine Abhängigkeit zu den Kleiderwerken besteht. Der Erwerb der Fläche gibt der Stadt lediglich eine Möglichkeit für die Weiterführung der Planungen des Wever-Geländes. Somit wäre dies eine Möglichkeit von vielen diese Fläche zu verwenden. Es ist keine Sicherheit dafür, dass Wever weiter verfolgt werden kann.

Da keine weiteren Fragen zu dem Thema zu klären sind, verliest der Vorsitzende Stv. Hüter den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Dem Abschluss der Zusatzvereinbarung ("Anlage 6") zur Vereinbarung über Bodenbevorratungsmaßnahmen vom 26./28.02.2007 in der dieser Beschlussvorlage beige-fügten Textfassung wird zugestimmt.

mehrheitlich beschlossen Ja 4 Nein 0 Enthaltung 5

- zu 8 Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. PE 7 „Baugebiet Lingenacker“**
hier: 1. Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. PE 7 „Baugebiet Lingenacker“,
2. Entwurfsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. PE 7 „Baugebiet Lingenacker“,
3. Beschluss über die Durchführung des Bauleitverfahrens für den Bebauungsplan Nr. PE 7 „Baugebiet Lingenacker“ gemäß §§ 2 (1) und (2), 3 (1) und 4 (1) BauGB
1665/19

Wurde von der Tagesordnung genommen (s. TOP 1).

Beschluss:

Zum beabsichtigten Bebauungsplan Nr. PE 7 „Baugebiet Lingenacker“ wird der Aufstellungsbeschluss sowie der Beschluss zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gefasst. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt

- zu 9 Holzvermarktung ab 2021 - Abschluss Dienstleistungsvertrag**
1633/19

Frau Brandau erläuterte dem Ausschuss die Vorlage und den Hintergrund weshalb ein Vertrag bezüglich der Holzvermarktung abgeschlossen werden muss.

Da es keine weiteren Fragen zu der Vorlage gibt verliest Vorsitzender Stv. Hüter den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Dem Vertragsabschluss für die Dienstleistung des Holzverkaufes mit der Fa. Center Forst auf Grundlage des dieser Vorlage beigefügten Vertragsentwurfes wird zugestimmt.

einstimmig beschlossen

- zu 10 Erarbeitung eines Wohnraumversorgungskonzeptes**
1614/19

Herr van Horrick geht auf den Sachverhalt ein und gibt die Informationen aus der Vorlage wieder.

Stv. Vollmar bedankt sich für die Ausführungen und sieht dies als einen Schritt in die richtige Richtung. Denn Sozialer Wohnraum wird in Bad Hersfeld sehr wohl benötigt und er ist verwundert warum der Antrag hier bedenklich gesehen wird, da er in anderen Kommunen genau so formuliert und gestellt wurde und der Antrag durchgegan-

gen ist. Er fragt Herrn van Horrick ob die aktuelle Gesetzesänderung Auswirkungen auf den Antrag haben kann.

Herr van Horrick teilt mit, dass die Förderung grundsätzlich in der Zuständigkeit des Landkreises liegt und nicht bei der Stadt. Es ist dahingehend eine bessere Abstimmung notwendig. Im Rahmen der Sanierung sind bereits vielen Städtebauförderungen für sozialen Wohnraum gewährt worden. Diese laufen allerdings aus und werden nicht verlängert. Für den Bau von sozialem Wohnungsbau werden Grundstücke benötigt.

Stv. Vollmar fragt nach ob die Verwaltung diese vorantreiben wird.

Herr van Horrick bestätigt diese und fügt hinzu, dass dies auch von den Wirtschaftsbetrieben vorgesehen ist.

Stv. Herter fragt nach ob es bereits Interessenten im Baufenster des Gebietes Schieferstein gibt.

Herr van Horrick teilt mit, dass es genügend Interessenten für die Baugrundstücke der Stadt und der Wirtschaftsbetriebe gibt die auf den Markt gegeben werden. Jedoch wird dies mit dem Vorhaben des sozialen Wohnungsbaus etwas eingedämmt.

Da es keine weiteren Fragen zu der Vorlage gibt verliert Vorsitzender Stv. Hüter den Beschlussvorschlag und bittet den Ausschuss um Abstimmung.

Beschluss:

- 1) Auf die Erstellung eines eigenen Wohnraumversorgungskonzeptes wird verzichtet und die dargestellten Handlungsoptionen zur Wohnraumschaffung umgesetzt.
- 2) Bei Planungen von geeigneten Baugebieten und dem Abschluss von städtebaulichen Verträgen und Durchführungsverträgen mit Investoren für Wohnbaugebiete ab einer Größe von 0,5 Hektar und mit Eignung zum Geschosswohnungs- bzw. Mehrfamilienhausbau wird die mögliche Anzahl der vertraglichen Sozialwohnungen nach individueller Prüfung durch die Bauverwaltung festgelegt, sofern die STVV in den Haushalten die erforderlichen Mittel bereitstellt.
- 3) Bei der Ausschreibung und Verkauf von städtischen Grundstücken ist ab einer Größenordnung von 12 geplanten Wohneinheiten eine verpflichtende Quote, die vorher individuell ermittelt wird, zur Herstellung von Wohnungen im geförderten Wohnungsbau vorzugeben, sofern die STVV in den Haushalten die erforderlichen Mittel bereitstellt.

einstimmig beschlossen Ja 9

**zu 11 Erwerb des im Sachverhalt genannten Grundstückes von den dort genannten Veräußerern im Rahmen eines Vergleichsangebotes
1676/19**

Da diese Vorlage unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und entschieden werden soll, verlässt die Öffentlichkeit die Sitzung und die Türen werden geschlossen.

Herr Bürgermeister Fehling bedankt sich bei dem Ausschuss für die Behandlung der Vorlage in nichtöffentlicher Beratung. Grund für die Nichtöffentlichkeit ist ein in dieser Sache vorliegendes Streitverfahren. Um das Vorankommen in der Angelegenheit nicht zu gefährden soll nichts darüber an die Öffentlichkeit herangetragen werden.

Herr van Horrick erläutert dem Ausschuss die Vorlage und die Thematik sowie die Vorgeschichte zu diesem Vorhaben.

Vorsitzender Stv. Hüter verliest den Beschlussvorschlag und bittet den Ausschuss um Abstimmung.

Beschluss:

Der Erwerb der im Sachverhalt genannten Liegenschaft von den dort genannten Veräußerern und dem dort genannten Kaufpreis wird durch Annahme des Vergleichsangebotes beschlossen. Die Grunderwerbsnebenkosten trägt die Kreisstadt Bad Hersfeld. In dem Grundstückskaufvertrag ist zu vereinbaren, dass die Veräußerer die Kreisstadt Bad Hersfeld von jeglichen Schadensersatzansprüchen unwiderruflich freistellen.

einstimmig beschlossen

zu 12 Verschiedenes

Unter verschiedenes gibt es keine Themen die zu behandeln sind.

Vorsitzender Stv. Hüter bedankt sich bei den Anwesenden für die Sitzung und schließt diese um 18:17 Uhr.

Beschluss:

gez. Karl-Heinz Hüter

Vorsitzender

gez. Yvonne Brandau

Walter Stück

Protokollführer/in